

Ricarda Fait

## Trennender Konsens?

### Die Debatte um das Polen-Denkmal in Berlin

Seit knapp drei Jahren wird in der deutschen Gesellschaft über ein „Polen-Denkmal“ diskutiert und in der Politik dafür geworben – zwar mit viel Erfolg, aber bisher ohne politische Entscheidung. Somit sind die großen Jahrestage – 80 Jahre Kriegsbeginn und 75 Jahre Kriegsende – verstrichen, ohne dass die Bundesregierung sich zu einem sichtbaren Zeichen entschlossen hätte, den polnischen Opfern würdig zu gedenken und ein Zeichen der Versöhnung zu setzen. „Ich bin überzeugt, dass es für ein eigenes Polendenkmal keine Alternative gibt. Es wird kommen, weil es sein muss“, sagt Florian Mausbach, der 2017 die Initiative für das Polen-Denkmal ergriffen hatte und weiterhin dafür kämpft. Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung hatte gemeinsam mit Rita Süßmuth, Wolfgang Thierse und Andreas Nachama ein Denkmal in der Mitte Berlins gefordert, um der polnischen Opfer der deutschen Besatzung von 1939 bis 1945 zu gedenken. Als Ort wurde hierfür der Askanische Platz vorgeschlagen. Das Deutsche Polen-Institut (DPI) hat maßgeblich zur Bekanntmachung des Projektes beigetragen und sich als Institution hinter den Vorschlag gestellt. Auch zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens und der Politik unterstützten den Vorstoß mit dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble als prominentesten Vertreter. Die Liste der Befürworter eines Denkmals wuchs auch im Deutschen Bundestag auf 260 Abgeordnete, stagnierte dann allerdings. Die für einen Beschluss erforderlichen 355 Stimmen konnten nicht erreicht werden.

Eine politische Entscheidung blieb auch deswegen aus, weil in der erinnerungskulturellen Landschaft Deutschlands auch um weitere Orte und Formen des Gedenkens gerungen wird und sich die Akteure gegenseitig blockierten. Eine Art Gedenkkonkurrenz breitete sich aus zwischen Vertretern, die ein Denkmal für die polnischen Opfer, die Opfer der „NS-Lebensraumpolitik“ in Osteuropa und ein Dokumentationszentrum deutscher Besatzung in Europa forderten. Letztere erhielt Anfang des Jahres prominente Unterstützung von der Kulturwissenschaftlerin Aleida Ass-

mann sowie den Historikern Heinrich August Winkler und Martin Aust, die in einem offenen Brief an Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble ebenfalls einen Ort der Dokumentation deutscher Besatzungsherrschaft in ganz Europa und einen Ort des Gedenkens an die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges, insbesondere im Osten Europas, forderten. Einen ähnlichen Vorschlag machte Ende 2019 bereits Wolfgang Benz im Namen der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (kurz: Stiftung Denkmal).

Umso mehr überraschte vor der Sommerpause die gemeinsame Erklärung des DPI und der Stiftung Denkmal (auf der Homepage des DPI) mit dem Aufruf, die Initiativen zusammenzuführen. Im Schatten der Corona-Pandemie hatten sich die bis dahin konkurrierenden Akteure an einen (virtuellen) Tisch gesetzt und einen „Konsensvorschlag“ ausgearbeitet. Sie suchten nach „Schnittmengen“ zwischen den Vorstellungen und entwickelten den Vorschlag „eines Ensembles aus symbolischem Gedenken, Dokumentation und Bildung“, wie sie bei der gemeinsamen Online-Veranstaltung unter dem Titel „Polendenkmal weiterdenken – für eine lebendige Plattform der Erinnerung an die Opfer der deutschen Besatzung Polens 1939–1945“ am 19. Juni 2020 erläuterten. Die Direktoren des DPI und der Stiftung Denkmal, Peter Oliver Loew und Uwe Neumärker, erklärten in der FAZ, der Begriff „Konsensvorschlag“ würde nahelegen, hier würden zwei unterschiedliche Positionen zusammenkommen. Tatsächlich hätten beide Einrichtungen, die bis dahin für gegensätzliche Projekte eintraten, den Versuch unternommen, zusammenzudenken, was verkürzt als „Polendenkmal“ und „Dokumentationszentrum Besatzungsherrschaft“ bekannt wurde.

Doch dieser Konsens scheint nur auf den ersten Blick zu vereinen. „Der ‚Konsensvorschlag‘ hat keinen Konsens erreicht, sondern große Verwirrung gestiftet, die Denkmal-Initiative gespalten und den Graben zwischen Befürwortern und Gegnern eines eigenen Polendenkmals vertieft“, meint Florian Mausbach. „Der ‚Kompromiss‘ antwortet auf die Bedenken vor einer

‚Nationalisierung des Gedenkens‘ mit einer Pauschalisierung des Gedenkens. Es bleibt ein Selbstgespräch der Deutschen zu ihrer eigenen Aufklärung, die zweifellos nötig ist. Keines der Opfer aber wird sich angesprochen fühlen.“ Mit seiner Kritik an dem Konsensvorschlag ist er nicht allein. In den Medien ist die Debatte um das richtige Gedenken an die Opfer der deutschen Besatzung in Polen und Europa neu aufgeflammt. Die Themen, um die gestritten wird, sind nach wie vor da, werden nun aber auch innerhalb des Befürworter-Kreises für das Polen-Denkmal ausgetragen: Woran erinnern wir und wie erinnern wir? Spaltet der Konsens nun tatsächlich mehr als dass er versöhnt? Oder kann er zu mehr Akzeptanz führen unter den unterschiedlichen Akteuren, die um die Erinnerung und das Gedächtnis ringen?

### Der neue Vorschlag

Der neue Vorschlag sieht ein Gedenkenensemble auf drei Ebenen vor. An einem noch zu entstehenden „Platz des 1. September 1939“ soll ein räumliches Denkmal entstehen mit einer Aufschrift auf Deutsch und Polnisch: „Mit dem deutschen Überfall auf die Republik Polen am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Wir gedenken der Opfer von nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft und Vernichtungspolitik bis 1945.“ Dieser Gedenkort wäre demnach die Fortführung des „Polen-Denkmal“, das sich – so Emilie Mansfeld, wissenschaftliche Mitarbeiterin des DPI und Koordinatorin des Projekts „Polen-Denkmal“ – „für alle Opfer des Zweiten Weltkriegs öffnet“.

Auf zweiter Ebene entstünde ein Dokumentationszentrum über die deutsche Besatzung in Europa von 1939 bis 1945 mit Darstellung der verschiedenen nationalen und regionalen Gewalterfahrungen. Es solle „unter Einbeziehung der Erinnerungskulturen der anderen Nationen, Opfergemeinschaften und Forschungslandschaften“ sowie unter Beteiligung des DPI entwickelt werden. In der vergleichenden Perspektive könnten individuelle und kollektive Gewalterfahrungen der unterschiedlichen Gesellschaften und Opfergruppen verständlich werden. Loew macht bei der Vorstellung dieses neuen Vorschlags deutlich, dass damit auch eine Form gefunden worden sei, die Rolle Polens in die Erinnerungslandschaft Deutschlands zu implementieren, denn erst im Vergleich würden die Besonderheiten der Besatzung deutlich: „Nur im Vergleich verstehen wir eigentlich, was genau geschehen ist.“



Darüber hinaus soll eine Bildungseinrichtung entstehen, in der zivilgesellschaftliche Initiativen – darunter das DPI – einen Raum für Bildungsarbeit hätten, um so die „Leerstelle“ in der deutschen Erinnerungskultur an die Opfer der Besatzungsherrschaft durch Bildung zu füllen und Austausch zu ermöglichen. Bisher nicht geklärt ist die Frage, ob das Denkmal auch anderen Nationen und Opfergruppen als Gedenkort dienen könne oder ob es weitere Gedenkort brauche. Außerdem ist, laut Peter Oliver Loew und Uwe Neumärker, ungeklärt, wie an die Opfer der Sowjetunion gedacht werden könne.

### Kritik am Konsens

In Polen stieß der neue Vorschlag auf Irritation. Von einem „faulen Kompromiss“ ist die Rede (wPolityce). „Ermüdung“ mache sich breit, immer weiter auf die Spezifika der deutschen Besatzung in Polen hinzuweisen. Es könne keine polnisch-sowjetische Opfergemeinschaft geben. Da sich die polnische Erfahrung in einem solchen Denkmal nicht wiederfinden könne, wäre es besser, den Bau eines symbolischen Gedenkens ganz aufzugeben, meldete sich der Historiker Krzysztof Ruchniewicz nach der Vorstellung des Kompromisses zu Wort. In einem späteren Blog-Artikel präzisiert er, ein „Platz des 1. September“ sei zu allgemein gefasst. Welche Erinnerung möchte man mit diesem Datum tatsächlich verbinden? Bestünde nicht auch die Gefahr der Vereinnahmung durch Faschisten, die mit diesem Datum eher des blitzkriegartigen Sieges Nazideutschlands gedenken könnten? Deutschland habe keinen Platz für ein Denkmal an die polnischen Opfer, urteilt auch Hanna Radziejowska, Leiterin des Pilecki-Instituts, nachdem im August die Pläne für ein Exilmuseum am Askanischen Platz bekannt gemacht wurden, wo nach dem ursprünglichen Vorschlag ebenfalls das Polen-Denkmal entstehen sollte.

An einem Ort der Reflexion, der aller Opfer der deutschen Besatzung gedenkt, entzündet sich ebenfalls auf deutscher Seite große Kritik, die sich auf einige Hauptkritikpunkte stützt: 1. Ein gemeinsamer Gedenkort für eine vermeintliche polnisch-sowjetische Opfergemeinschaft lasse das Gedenken unmöglich werden, 2. das Gedenken werde pauschalisiert, 3. Polen bekäme andererseits auch im aktuellen Konsensvorschlag eine Sonderrolle, die die „Hierarchisierung der Opfer“ verstärke, die es vorgeblich versucht zu vermindern.

Sechs Millionen polnische Staatsbürger, davon drei Millionen polnische Juden, wurden im Zweiten Weltkrieg getötet, im sogenannten Septemberfeldzug wurde das Land überfallen und innerhalb weniger Wochen okkupiert. Während des Krieges wurden massenhaft Zivilisten umgebracht, Dörfer und Städte zerstört, wovon Warschau als trauriger Gipfel der Zerstörung symbolhaft zeugt. Die Spuren der Shoah, des industriellen Massenmordes an Juden, befinden sich überwiegend in Ostmitteleuropa. Die größten Vernichtungslager hat das nationalsozialistische Deutschland im besetzten Polen errichtet. Bis zu 1,6 Millionen polnische Zivilisten sowie 300.000 Kriegsgefangene wurden zu Zwangsarbeit ins „Deutsche Reich“ verschleppt. Schreckliche Gewaltaktionen gegen die Zivilbevölkerung, der materielle Schaden sowie die langfristigen Folgen der „moralischen Verwüstung“ gehen auf die deutsche Besatzung zurück.

Nur wenige Tage vor dem Überfall auf Polen rief Hitler zu der „Vernichtung Polens = Beseitigung von Polens lebendiger Kraft“ auf. Der Vernichtungskrieg gegen Polen, der sich ab dem Sommer 1941 gegenüber der Sowjetunion fortsetzte, war auch durch das im geheimen Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Pakts beschlossene Bündnis zwischen Nazideutschland und der Sowjetunion möglich: „Hitler und Stalin haben gemeinsam dazu beigetragen, den multiethnischen Charakter Polens zu zerstören“, schreibt Thomas Schmid in „Die Welt“. Und während am 1. September Polen im Westen von den Deutschen überfallen wurde, folgte bereits am 17. September der Überfall von Osten von Seiten der Sowjetunion. Diese Tätergemeinschaft wurde erst 1941 aufgebrochen, als die Deutschen in der Sowjetunion einfielen. Auch diesen Opfern muss und sollte gedacht werden. Der „Mantel der ‚Versöhnung‘“ würde in einem gemeinsamen Gedenkort aber auch über die Mörder gelegt, wie es Schmid ausdrückte.

Der Krieg gegen Polen unterscheide sich von dem weiteren Verlauf und brauche daher einen eigenen Gedenkort: „Der Kampf der Nationalsozialisten gegen Polen war nicht Teil einer allgemeinen und schon vor dem Krieg festgelegten Ost-Strategie zur Vernichtung oder Unterwerfung aller ‚Slawen‘ sowie zur Eroberung von Ressourcen und ‚Lebensraum‘ für Deutschland und die Deutschen. Die Zerstörung Polens war ein *eigenes* Ziel“, stellt Thomas Schmid fest. Er führt dies zurück auf die lange Tradition antipolnischer Politik der Deutschen, die bis in das 18. Jahrhundert zurückgeht, als Polen von den Großmächten Preußen,

Russland und Österreich geteilt wurde. Sie setzte sich fort in der Propaganda der Weimarer Republik gegenüber der neu entstandenen Zweiten Polnischen Republik. Der brutale Krieg gegen Polen seit September 1939 war eine Folge dieser jahrhundertlang geschürten Propaganda. Die lange Tradition der negativen Polenpolitik drückte sich national aus, daher sei nur ein eigenes Denkmal möglich: „Und da es damals um die Vernichtung der polnischen Nation ging, kann dieses Denkmal nur ein *nationales* sein. Mit Nationalismus hat das nichts zu tun“, konkludiert Schmid.

Auch der Historiker Martin Schulze Wessel meint in einem Beitrag für die „FAZ“, es bräuchte einen eigenen Ort, „um die lange Geschichte zu reflektieren, die zum Vernichtungskrieg gegen Polen hinführte“. Ein eigenes Polen-Denkmal könne demnach zum Ausdruck bringen, dass die deutsche Gesellschaft sich dieser langen Tradition bewusst sei. Es brauche daher mehrere Gedenkort für die unterschiedlichen Opfergemeinschaften: „Statt alles unter einen Hut bringen zu wollen, sollten die politischen Entscheidungsträger schrittweise vorgehen. Das Polen gewidmete Denkmal ist schon lange geplant, es ist an der Zeit, das Vorhaben, verbunden mit einem Lernort, zu verwirklichen.“ Demgegenüber sieht Schulze Wessel die Benennung des Platzes sowie das Wortlaut der zweisprachigen Aufschrift in dem neuen Vorschlag kritisch, weil dies wie eine „Hierarchisierung von Opfern“ aufgefasst werden könnte, was vermieden werden sollte. Der Historiker plädiert für ein „schrittweises Vorgehen“, das den „Partnern im östlichen Europa eher gerecht (wird) als ein zentralisierter Ort für alle“.

### Gemeinsames Gedenken im dialogischen Erinnern?

Während die einen nun eigenständige Denkmäler und Gedenkort fordern, warnen andere vor einer „Nationalisierung des Gedenkens“, worauf auch der Konsensvorschlag reagierte: „Die oft gerühmte bundesdeutsche Erinnerungskultur darf eine ‚Renationalisierung‘ der Geschichtsbilder und Opferkonkurrenzen nicht befördern. Sie muss der Aufklärung verpflichtet bleiben, sie muss versöhnen, nicht spalten“, so Detlef Garbe, der der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen vorsteht und sich klar für ein gemeinsames, europäisches Gedenken ausspricht. Auch Aleida Assmann, die gemeinsam mit Winkler und Aust zu einem Dokumentationszentrum aufrief, kennt die Besonder-

heiten der Besatzungsherrschaft in Polen wie auch in der Sowjetunion und plädiert für ein „dialogisches Erinnern“.

Diese Form beschreibt Assmann als „eine historische Innovation“, die „ebenfalls Platz für eigenen Ruhm und eigenes Leid (bietet), aber (...) auch das den Nachbarn zugefügte Leid mit ins eigene Gedächtnis (aufnimmt)“. Hierfür bietet die Europäische Union einen „einmaligen Rahmen für den Umbau von monologischen in dialogische Gedächtniskonstruktionen.“ Dabei ginge es nicht um ein „vereinheitlichtes europäisches Master-Narrativ, sondern allein um die dialogische Bezogenheit und gegenseitige Anschlussfähigkeit nationaler Geschichtsbilder. Dialogisches Erinnern ist im nationalen Gedächtnis verankert, überschreitet jedoch die Grenze der Nationen durch eine transnationale Perspektive. Denn erst auf der Basis der wechselseitigen Anerkennung von Opfern kann sich der Blick auf eine gemeinsame Zukunft öffnen.“

Vielleicht liegt der größte Unterschied in dem Adressaten der Erinnerung: Während im Konsensvorschlag ausgedrückt wird, das Dokumentationszentrum richte sich klar an ein deutsches Zielpublikum, betonen Befürworter des eigenständigen Polen-Denkmal stärker die ursprüngliche Intention des Denkmals als „Geste der Empathie“ gegenüber unserem polnischen Nachbarn. Die Frage ist also: Lässt sich im Sinne des „dialogischen Erinnerns“ gleichzeitig eine symbolstarke Geste gegenüber den (polnischen) Opfern der deutschen Besatzung ausdrücken wie auch die Anschlussfähigkeit an die deutsche Erinnerungskultur herstellen?

Wie präsent der Zweite Weltkrieg in der polnischen Gesellschaft ist, wurde erst kürzlich im deutsch-polnischen Barometer deutlich gemacht und spiegelt sich in der starken assoziativen Verknüpfung der Deutschen mit dem Zweiten Weltkrieg, dem Überfall, der Besatzung und ähnlichen Assoziationen unter den polnischen Befragten wider. Demgegenüber sind in der deutschen Gesellschaft größtenteils nur rudimentäre Kenntnisse der Ausmaße der deutschen Besatzung in Polen bekannt, was Historiker immer wieder kritisieren. Von „weißen Flecken in der deutschen Erinnerungskultur“ sprach etwa Raphael Utz in einem Gespräch mit dem Portal Dialog Forum. Auch Dieter Bingen, früherer Direktor des DPI, fragt: „Warum tun sich viele Deutschen (sic!) so schwer mit der Erinnerung und dem Gedenken an die Opfer deutscher Besatzungspolitik in Polen?“

Die Perspektive der Opfer muss anerkannt werden – sonst ist das Denkmal

zwecklos. Gleichzeitig muss das Gedenkensemble auch „anschlussfähig“ an das nationale Gedächtnis der deutschen Gesellschaft sein. Die Unterschiedlichkeit der Erinnerungskulturen beschreibt Aleida Assmann als Ost-West-Gegensatz. Es wurden „im Westen und Osten aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs ganz unterschiedliche Lehren gezogen.“ Während in Deutschland „der Begriff der Nation zunächst verbraucht, ja verbrannt war“, hält auch die „Distanz von und Befangenheit gegenüber allen Symbolen der Nation (...) hier in gewissen Kreisen noch immer an. Genau entgegengesetzt ist die Erfahrung, die Polen in Europa gemacht hat. In die DNA dieser Nation, deren Staat durch die Eroberungszüge europäischer Supermächte wiederholt von der Landkarte getilgt wurde, ist das bleibende Bedrohungs-bewusstsein eingeschrieben, dass sich ein solches Schicksal wiederholen könnte.“ Hieraus ergäben sich gänzlich verschiedene Erinnerungsdynamiken.

Doch wenn der Opfer der deutschen Besatzung in Europa nun an einem gemeinsamen Ort gedacht werde – drückt Deutschland damit den Opfernationen nun nicht auch noch ihre Form eines „postnationalen Gedenkens“ auf? Auch dieser Vorwurf steht im Raum. Aufgrund der Brutalität der deutschen Besatzung in Polen könnte die Geste missverstanden werden. Muss der Gedenkort für die polnischen Opfer wirklich innerhalb dieses Ensembles entstehen oder können die beiden Initiativen nicht gemeinsam leben im Sinne von „Das eine tun und das andere nicht lassen“? Gerade die Geste der Versöhnung dürfte von den Opfern verstanden werden und einen Ort darstellen, an dem Deutsche und Polen gemeinsamen erinnern können.

Zugleich gilt: „Historisch-politische Aufklärung geschieht (...) nicht durch Denkmäler. Sie sind Orte des Bekennens, nicht des Erkennens. Sie setzen Wissen um die Geschichte voraus“, wie Detlef Garbe schreibt. Er verweist auf die Erfahrungen mit bestehenden Gedenkstätten, bei denen immer wieder klar wird: Um die nachfolgenden Generationen zu erreichen, brauche es Räume, in denen eine Annäherung an die historischen Spuren und vor allem an Biografien möglich sei. In dieser Richtung könnten das Dokumentationszentrum und die Bildungseinrichtung wirken. Um die polnischen Opfer und das Leid unter der deutschen Besatzung nachhaltig und ausdauernd in der deutschen Gesellschaft bekannt zu machen, ist die gemeinschaftliche Initiative der Akteure zu begrüßen – und zwar auch deshalb, weil die Stiftung Denkmal gesetzlich dazu ver-

pflichtet ist, die „Erinnerung an alle Opfer des Nationalsozialismus und ihre Würdigung in geeigneter Weise sicherzustellen“. So sind unter ihrem Dach bereits Denkmäler nichtjüdischer Opfergruppen entstanden. Gegenüber der Bildungsarbeit ist die Wirkungsmacht von Denkmälern zwar begrenzter – eine wichtige symbolische Kraft geht von ihnen dennoch aus. Die größte Wirkung vollzieht sich aber in dem gesellschaftlichen und politischen Prozess, der zu der Errichtung eines Denkmals führt. Deswegen ist die aktuelle Debatte zwar zäh und mühsam. Für die deutsche Öffentlichkeit ist sie jedoch wichtig, um die Verbrechen der Deutschen in Polen überhaupt bekannt zu machen.

Die Frage um das Polen-Denkmal ist mittlerweile zu einer gesamtgesellschaftlichen Frage geworden, über die medial intensiv diskutiert wird. Damit ist schon ein wichtiger Schritt erreicht. Ein deutliches Zeichen nach außen steht allerdings noch aus. Es ist nun Sache der Politik und des Deutschen Bundestages, die verschiedenen Argumente abzuwägen und eine Entscheidung über das Erinnern und Gedenken an die deutsche Besatzung in Europa und in Polen herbeizuführen. Diese Entscheidung ist längst überfällig. Es macht Hoffnung, dass wir in der Debatte allmählich von einem *was?* zu einem *wie erinnern?* kommen. Es bleibt noch zu klären, wie ein stetiges Erinnern und Gedenken aussehen kann, das die Opfer würdigt und anerkennt, den Opfergemeinschaften Raum zum Gedenken gibt, jedoch auch die Lücken im kollektiven Gedächtnis der Deutschen perspektivisch zu schließen vermag.

#### Ricarda Fait

Slawistin und Musikwissenschaftlerin,  
Redakteurin bei DIALOG FORUM.

*Anmerkung der Redaktion: Nach Redaktionsschluss erreichte uns die Information, dass der Deutsche Bundestag am 30. Oktober 2020 über einen interfraktionellen Antrag zum Polen-Denkmal in Berlin abstimmen wird. Der Titel des Antrags lautet: „Mit einem eigenen Ort des Erinnerns und der Begegnung dem besonderen Charakter der deutsch-polnischen Geschichte mit dem Tiefpunkt der deutschen Besatzung in Polen gerecht werden und zur Vertiefung der deutsch-polnischen Beziehungen beitragen.“*